



**Änderungsantrag zum Entwurf des Wahlprogramms:
Die Schere effektiv schließen!**

Stand: 17.05.2017

Antrag zum Bundesparteitag 25. Juni 2017

Der SPD-Stadtverband Wetter (Ruhr) beantragt, in Zeile 1046 den Lückenfüller-Satz „Das ist nicht nur gerecht, sondern im Interesse aller.“ zu streichen und durch folgende konkrete Forderung zu ersetzen:

Um in diesem Sinne substantielle Beiträge von vermögenden Bürgerinnen und Bürgern zum Wohl der Allgemeinheit einzufordern, wird die SPD die 1997 ausgesetzte Vermögenssteuer in einer an die heutigen Gegebenheiten angepassten Form wieder einführen. Dies beinhaltet unter anderem einen großzügigen persönlichen Freibetrag, der u. a. dabei hilft, die Verwaltungskosten der Vermögenssteuer gering zu halten. So können zwischen zehn und 20 Milliarden Euro jährlich erlost werden, die wie bis 1997 üblich an die Länder fließen und so zur Verbesserung der finanziellen Ausstattung von Bildungsaufgaben beitragen.

Begründung:

Die im Jahr 1997 noch von der Regierung Kohl beschlossene Aussetzung der Vermögenssteuer fußte auf einer Rüge des Bundesverfassungsgerichtes, da die bis dato gültige Regelung Immobilienvermögen überproportional begünstigte. Anstatt hier eine gerichtsfeste und verfassungskonforme Neuregelung anzustreben, wurde die Vermögenssteuer gleich ganz ausgesetzt. Deutschland ist damit eines der wenigen OECD-Länder, die keine solche Steuer erhebt. Je nach Land können die durch Steuern auf Vermögen generierten Abgaben bis zu vier Prozent des BIP (Großbritannien) betragen, in den USA etwa lag dieser Wert 2014 bei 3,1 %. Für Deutschland entspräche das einem zusätzlichen Steueraufkommen von nahezu 100 Mrd. Euro, selbst bei einem sehr moderaten Abgabensatz wie etwa in Österreich, wo 0,6 % des BIP durch Steuern auf Vermögen generiert werden, läge der bei den Bundesländern anfallende Mehrertrag noch bei 19 Mrd. Euro. Die einzige vom Umfang her nennenswerte Vermögensbesteuerung, die derzeit in Deutschland stattfindet, ist die kommunale Grundsteuer. Da diese im Falle der Vermietung einer Immobilie jedoch in voller Höhe auf die Mietnebenkosten umgelegt werden kann und somit letztendlich auch von den Menschen bezahlt wird, die gar kein Vermögen besitzen, ist sie sozial ungerecht und sollte daher perspektivisch in einer echten Vermögenssteuer aufgehen, deren Erträge direkt den Kommunen für die Wahrnehmung ihrer Aufgaben der lokalen Daseinsvorsorge zur Verfügung gestellt werden.

Die Vermögenssteuer ist daher ein wirksames Instrument der Umverteilung von Vermögen. Dass diese in einem deutlich stärkeren Ausmaß als heute üblich notwendig ist, zeigt der einfache Blick in auf die Verteilung des Vermögens in Deutschland, die jährlich vom

Bürgerbüro der SPD Wetter (Ruhr):

Königstraße 69a
58300 Wetter (Ruhr)
geöffnet werktags 9 -16 Uhr
02335 / 522 -0 (Fon) -1 (Fax)
www.spd-wetter.de | facebook.com/spd-wetter

Vorsitzender:

Dr. Peter-Christian Zinn
Pastoratweg 19
58300 Wetter (Ruhr)
0172 / 4274693
peter.zinn@spd-wetter.de

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Stadtverband Wetter (Ruhr)



Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin ermittelt wird. Danach besaßen im Jahr 2015 die reichsten 10 Prozent der Deutschen ca. 2/3 allen Vermögens, während die gesamte ärmere Hälfte der Bevölkerung praktisch kein Nettovermögen vorweisen konnte. Die Vermögenskonzentration nimmt so weit zu, dass das reichste Prozent mehr als ein Drittel allen Vermögens auf sich vereint. Damit ist Deutschland das europäische Land mit der stärksten Vermögenskonzentration.

Bürgerbüro der SPD Wetter (Ruhr):
Königstraße 69a
58300 Wetter (Ruhr)
geöffnet werktags 9 -16 Uhr
02335 / 522 -0 (Fon) -1 (Fax)
www.spd-wetter.de | facebook.com/spd-wetter

Vorsitzender:
Dr. Peter-Christian Zinn
Pastoratweg 19
58300 Wetter (Ruhr)
0172 / 4274693
peter.zinn@spd-wetter.de